



## Fraktionspapier S&D

---

Name: Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament

5 Größe: mit 25% der Sitze zweitgrößte Fraktion im Europäischen Parlament, 190 Abgeordnete

Zusammensetzung: Abgeordnete aus allen 28 Mitgliedsstaaten, 27 davon aus Deutschland

Internetseiten: [www.socialistsanddemocrats.eu/de](http://www.socialistsanddemocrats.eu/de), [www.spd-europa.de](http://www.spd-europa.de)

10 Die Gruppe der „Socialists & Democrats“ (S&D) ist mit rund 25% der Sitze die zweitgrößte Fraktion im Parlament und die einzige, die Abgeordnete aus allen 28 Mitgliedsländern stellt. Sie ging aus der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) hervor, die sich 2009 umbenannte, um der italienischen Mitte-Links-Partei „Partito Democratico“ den Beitritt zu ermöglichen, da diese sich mit der Bezeichnung „Sozialisten“ nicht identifizieren konnte. Die derzeitige S&D-Fraktion vereinigt  
15 sozialistische, sozialdemokratische und Arbeiterparteien der Mitgliedsländer. Fraktionsvorsitzender ist der Italiener Gianni Pittella.

Die Anfänge der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in Europa gehen auf die Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Unter dem Namen „Sozialistische Fraktion“ wurde sie am 23. Juni 1953 als Fraktion in der damaligen  
20 Parlamentarischen Versammlung der Europäischen Versammlung für Kohle und Stahl gegründet und war seither unter verschiedenen Namen im Europäischen Parlamenten vertreten.

### Grundüberzeugungen

25 Wir als Sozialdemokratische Fraktion stehen für eine integrative europäische Gesellschaft, die auf den Prinzipien Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit beruht. Wir treten für ein solidarisches Europa ein, in dem alle Europäerinnen und Europäer von den Vorteilen der europäischen Integration profitieren und wo sozialer Aufstieg unabhängig der jeweiligen Herkunft möglich ist. Wir sind der Überzeugung, dass wenn starke Schultern die Schwächeren der Gesellschaft  
30 unterstützen, im Endeffekt alle besser gestellt sind.

Bei der letzten Wahl des Europaparlaments haben wir erkannt, dass viele Menschen in Europa unzufrieden sind mit der Arbeit der EU. Daher kann es für uns kein einfaches „Weiter so“ in dieser Legislatur geben. In Zeiten der Krise liegt unsere höchste Priorität  
35 darin nachhaltiges Wachstum zu generieren, um Arbeitslosigkeit und damit einhergehende Armut zu bekämpfen und unsere Gesellschaft gerechter und unsere Märkte fairer zu machen. Dafür bedarf es funktionsfähige staatliche und europäische



Institutionen, gerechtere Lastenverteilung und Finanzmarktreformen. Insbesondere die europäischen Institutionen müssen demokratischer und transparenter gestaltet werden. Wir wollen den Menschen das Vertrauen in die EU und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft zurückgeben.

### **Terrorismusbekämpfung**

Die Terrorbedrohung ist eine der größten Herausforderungen für das Europa unserer Tage. Die entsetzlichen Angriffe in Deutschland, Frankreich, Belgien, Spanien, Großbritannien und vielen anderen Ländern zeigen, dass wir es mit einer ernst Bedrohung zu tun haben und wirksam handeln müssen, um ihr entgegenzuwirken. Allerdings darf der Kampf gegen den Terrorismus nicht dazu verwendet werden, die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger auszuhöhlen. Polizeiliche Zusammenarbeit und Ermittlungstätigkeiten müssen mit angemessenen Schutzmaßnahmen und der notwendigen Kontrolle einhergehen. Alle Maßnahmen, die die bürgerlichen Freiheiten beschneiden, müssen gerechtfertigt und angemessen sein und dürfen nur so lange dauern, wie es die Situation erfordert. Lang hat es nicht gedauert, bis sich die ersten Trittbrettfahrer mit ihren Forderungen nach mehr Massenüberwachung und Einschränkung der Grundrechte zu Wort meldeten. Angst ist ein schlechter Antrieb für politische Entscheidungen. Wer sich von Angst treiben lässt, macht Fehler.

Verhütung muss immer vorrangig sein und sollte die Koordination der nationalstaatlichen Maßnahmen und die Förderung bewährter Praktiken miteinschließen. Unsere Arbeit im Kampf gegen den Terrorismus umfasst internationale Abkommen über den Austausch terrorismusbezogener Informationen zwischen der EU und Drittländern, das Aufspüren der Terrorismusfinanzierung, die Regulierung des Zugangs zu Chemikalien oder potenziell gefährlichen Stoffen, den Schutz unserer kritischen Infrastruktur und die Cyber-Sicherheit.

Dem internationalen Terrorismus ist mit nationalstaatlichen Methoden alleine nicht beizukommen.

Wo sicherheitspolitische Reformen notwendig sind, müssen wir darüber sachlich diskutieren und auf hysterischen Aktionismus verzichten. Das betrifft etwa eine stärkere Kontrolle von Schusswaffen in der EU, der Begegnung von terroristischer Propaganda im Internet oder auch die Kontrolle von Geldströmen zur Finanzierung von Terrornetzwerken. Auch in der polizeilichen Ausbildung, gerade beim Thema Internet, haben die EU-Mitgliedstaaten Nachholbedarf.

### **70 Polizei und Geheimdienste**

Nach den letzten Terrorangriffen in Europa wurde deutlich, dass beim Informationsaustausch in Bezug auf kriminaltechnische Erkenntnisse zwischen den Mitgliedstaaten mitunter sogar zwischen verschiedenen Behörden innerhalb eines Mitgliedstaates schwerwiegende Probleme bestehen. In der EU gibt es eine Vielzahl



75 verschiedener Maßnahmen im Bereich der Strafverfolgung und der justiziellen  
Zusammenarbeit. Wird jedoch das Potenzial dieser Maßnahmen nicht vollständig  
genutzt, werden die Bürgerinnen und Bürger womöglich unnötiger Gefahr ausgesetzt.  
Die EU verfügt bereits über ein beeindruckendes Instrumentarium, was Sicherheits- und  
Strafverfolgungsmaßnahmen anbelangt. Allerdings werden die bestehenden  
80 Instrumente von den Mitgliedstaaten nicht ordnungsgemäß oder nicht vollständig  
genutzt. Neben eindeutigen Mängeln bei der Umsetzung ist auch der  
Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten untereinander und auch zwischen  
Mitgliedstaaten und EU-Behörden (insbesondere Europol und Eurojust) unzureichend.

Es ist klar, dass wir zwischen den nationalen Strafverfolgungsbehörden Informationen  
85 immer noch nicht effizient genug austauschen. Wir unterstützen deshalb die Stärkung  
von Europol, die helfen soll, unsere Reaktionen über nationalstaatliche Grenzen hinweg  
besser zu koordinieren. Unser Fraktionsvorsitzender Gianni Pittella hat sich wiederholt  
für die Schaffung eines „europäischen FBI“ ausgesprochen. „Was fehlt, ist der politische  
Wille der Mitgliedsstaaten, Europol in eine echte Europäische Ermittlungs- und  
90 Verbrechenverhütungsbehörde umzuwandeln. Dies wäre der effektivste Weg, um  
weitere Tragödien zu verhindern“, so Pittella.

Wir werden die Anstrengungen zur Verstärkung der Zusammenarbeit im  
Sicherheitsbereich im Kampf gegen den Terrorismus innerhalb Europas und gemeinsam  
mit Drittstaaten unterstützen, werden uns dabei jedoch auch stets mit Nachdruck für  
95 eine uneingeschränkte gerichtliche Kontrolle, juristische Rechenschaftspflicht und die  
Einhaltung internationaler Rechtsvorschriften einsetzen.